

Wie Amerika Europa sieht

Autor(en): **Sturmthal, Adolf**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue : sozialistische Monatsschrift**

Band (Jahr): **18 (1938-1939)**

Heft 10

PDF erstellt am: **08.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-333515>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Wie Amerika Europa sieht

Von Adolf Sturmhald (Washington).

In diesem Land, in dem alles gemessen wird, was gemessen werden kann, und gewogen wird, was auf der Waagschale Platz findet, weiß man ganz genau, was der durchschnittliche Amerikaner über Europa denkt. Man weiß auch, wie viele Amerikaner für Hitler und wie viele gegen Hitler sind, und was die Amerikaner für Europa tun wollen und wie viele die einzelnen Aktionsmöglichkeiten unterstützen. Dafür haben sie hier den Mister Gallup und sein Institut für die öffentliche Meinung. Das klingt wie ein Scherz, ist aber keiner. Es ist nicht notwendig, die 130 Millionen Amerikaner zu befragen. Es genügt, ein paar hundert sorgfältig ausgewählte Menschen auszuholen, von denen jeder sozusagen ein paar hunderttausend repräsentiert. Bei richtiger Auswahl wird die Fehlermöglichkeit winzig klein. Herr Gallup hat mit verblüffender Richtigkeit nicht nur Roosevelts Wiederwahl im Jahre 1936, sondern sogar seine Mehrheit auf ein paar hunderttausend Stimmen genau vorausgesagt, obwohl damals die überwältigende Mehrheit der Presse Roosevelts Niederlage mit Bestimmtheit ankündigte. Seit 1936 hat Gallup auch nicht ein einziges Mal danebengehauen, und heute ist die Autorität seiner Ankündigungen völlig unbestritten. Jeder wissenschaftlich geschulte Statistiker wird wissen, daß so etwas möglich ist und daß sogar die möglichen Fehler in ihren Grenzen vorausgesagt werden können.

Jedenfalls, Herr Gallup hat dieser Tage festgestellt, daß seit München ein rapider Wandel in der öffentlichen Meinung eingetreten ist. Zur Zeit von München war nur eine schwache Mehrheit dafür, England und Frankreich im Kriegsfall Lebensmittel zu liefern, während Waffen- und Munitionslieferungen von einer schwachen Mehrheit abgelehnt wurden. Unmittelbar nach München begann die Zahl der Amerikaner, die für die Unterstützung der beiden westlichen Großmächte gegen Deutschland und Italien eintraten, rasch zu steigen. Und heute gibt es eine kompakte Mehrheit nicht bloß für Lebensmittel-, sondern auch für Waffen- und Munitionstransporte nach England und Frankreich. Für den offenen Eintritt Amerikas in einen neuen Großkrieg ist freilich nur eine kleine Minderheit, weniger als zwanzig Prozent. Für Hitler sind knapp 1 Prozent der amerikanischen Bevölkerung.

Dieses Land ist ein antifaschistisches Land. Man ist gegen Hitler, nicht so sehr, weil er wirtschaftliche Interessen der USA. verletzt. Was Deutschland und Italien diesem mächtigen und reichen Land überhaupt antun können, ist bedeutungslos und wird wohl auf lange Zeit minimal bleiben. Die beiden Weltmeere, die Amerika von Europa und Asien trennen, sind Schutz gegen Abenteuer. Die Interessen, die im Frieden von den faschistischen Ländern verletzt oder gefährdet werden, sind gleichfalls unbedeutend. So unglaublich das einem von Europa enttäuschten Demokraten klingen mag, Amerika ist gegen Hitler und Mussolini, weil sie Diktatoren sind.

Amerika ist begründet worden von religiösen Fanatikern und Unter-

drückten. Gewiß war ihre Zahl gering und die vorwiegend wirtschaftlich bestimmte Masseneinwanderung seit der Mitte des vergangenen Jahrhunderts zahlenmäßig unvergleichlich wichtiger. Aber den Grundton in der Lebensauffassung dieses Landes, in seiner Erziehung, in seinem oft rührenden Willen, Erlöser zu sein, geben die puritanischen, demokratischen, freiheitlichen Traditionen der Begründer dieses Staates. »Wir sind alle Emigranten, Abkömmlinge von Flüchtlingen«, sagte vor kurzem der erste Bürger des Landes. Wir alle kamen nach Amerika, um Freiheit zu finden, politischer oder wirtschaftlicher Unterdrückung zu entgehen. Das verpflichtet und schafft öffentliche Meinung. Selbst unter den mehrere Millionen zählenden deutschstämmigen Amerikanern sind die Nazi-Anhänger eine verschwindende Minderheit. England und Frankreich genießen natürliche Sympathie, weil und insofern sie demokratisch sind.

Dieses »Insofern« hat seine Bedeutung. Denn die Debatte um die amerikanische Außenpolitik spielt sich ganz überwiegend auf der Ebene der Kritik Englands und Frankreichs ab. Ist das britische Empire eine demokratische Institution, ist das Frankreich der Notverordnungen Daladiers und der Bonnetschen Preisgabe der Tschechoslowakei demokratisch, fragen die Anhänger der Isolierungspolitik, die Europa sich selbst überlassen wollen. Und die gleiche Frage stellt der Radioprediger Coughlin, der antisemitische Schlagworte dazu benutzt, eine profaschistische Stimmung zu schaffen, bisher mit höchst geringem Ergebnis.

Die öffentliche Meinung der Vereinigten Staaten will die Demokratien unterstützen, nicht die gegenwärtige Landkarte Europas verteidigen, an der ihr nichts liegt. Wer an die USA. appellieren will, muß im Namen der Freiheit kämpfen, nicht im Namen bedrohter Interessen. Was ängstliche Politiker in Europa eifrig vermeiden wollen, ist geradezu Voraussetzung für amerikanische Unterstützung. Je mehr die Kampffronten in Europa ideologischen Fronten gleichen, um so größer die amerikanische Einsatzbereitschaft. Nichts für das britische und das französische Imperium, vieles für die Verteidigung der bedrohten Demokratie in Europa. Ein kurzer Aufenthalt in den USA. würde manchem europäischen Demokraten gut tun. Denn hier gibt es, was es in Europa nur mehr ganz selten gibt: demokratisches Selbstbewußtsein, natürliche Solidarität mit Schwesterdemokratien. Wer einen Blick in das großkapitalistische Blatt von Neuyork, die »New York Times«, tut und sie mit gleichartigen Zeitungen in Europa, der »Times« in London, dem »Temps« in Paris oder gar Blättern in der Schweiz vergleicht, die einen ähnlichen Rang anstreben, wird verblüfft sein über die tiefgehenden Unterschiede in der geistigen Haltung. Die »New York Times« war während des spanischen Bürgerkrieges nahezu vorbehaltlos an der Seite der Republikaner. Nicht, weil sie für Männer wie Negrin und Del Vayo besondere Sympathie verspürt hätte, sondern weil sie wußte, daß die Niederlage der spanischen Republik Frankreich schwächen und die faschistischen Mächte in Europa ungeheuer stärken müßte. Vielleicht fördert die Entfernung vom Schauplatz der Handlung die Einsicht in

das Wesentliche, sonst wäre es kaum verständlich, warum die Zeitungen eines vom faschistischen Block bedrängten Kleinstaates für eine Bewegung eintreten konnten, deren Sieg die Gefahr für die Unabhängigkeit des eigenen Landes verwirklichen mußte!

*

Die Führung der amerikanischen Außenpolitik liegt in den Händen des Präsidenten, seines Staatssekretärs und des Kongresses. Es gibt keinen wichtigen Akt der amerikanischen Außenpolitik, bei dem der Präsident nicht zumindest den Vorsitzenden des Außenpolitischen Ausschusses im Senat vorher zu Rate zöge. Eigenmächtiges Vorgehen des Präsidenten, der das Parlament vor vollzogene Tatsachen stellte, würde als undemokratisch abgelehnt werden.

Ueberdies ist der Präsident in der Führung der Außenpolitik durch Gesetze, vor allem das bekannte »Neutralitätsgesetz« beschränkt. Der Name ist mißverständlich. Zweck des Gesetzes ist nicht, die amerikanische Neutralität zu garantieren, sondern zu verhindern, daß Amerika neuerdings in einen bewaffneten Konflikt hineingerissen werde. Nicht Neutralität, sondern Fernhalten von europäischen oder asiatischen Kriegen ist die eigentliche Parole. Das Gesetz erlaubt den USA., für eine Kriegspartei gegen eine andere Stellung zu nehmen, sofern nicht das Risiko einer amerikanischen Beteiligung am Kriege geschaffen würde.

Kernpunkt des Gesetzes ist ein allseitiges Ausfuhrverbot für Waffen und Munition an Länder, die im Kriege stehen. Für kriegswichtige Rohmaterialien gilt eine Sonderbestimmung, die am 1. Mai abläuft. Länder, die bar bezahlen und selbst den Abtransport besorgen, können solche Rohstoffe aus Amerika beziehen, dagegen nicht Munition und Waffen. Praktisch bedeutet das, daß in einem europäischen Großkonflikt England und Frankreich dank ihrem Goldschatz und der Herrschaft über den Atlantischen Ozean amerikanische Rohstoffe werden erhalten können, während Deutschland und Italien davon abgeschnitten sein dürften. Im Fernen Osten dagegen begünstigt diese sogenannte »Cash and Carry Clause« Japan auf Kosten Chinas. Amerikanische Kreditgewährung an kriegführende Mächte in Europa ist durch den Johnson Act untersagt, der Kredite an alle Länder ausschließt, die ihre Schuldzahlungen aus dem letzten Krieg nicht geleistet haben.

Das ist die augenblickliche gesetzliche Situation. Falls die »Cash and Carry Clause« nicht verlängert wird, wird sie am 1. Mai außer Kraft treten und der Handel mit kriegswichtigen Rohstoffen für den Kriegsfall ohne gesetzliche Regelung bleiben. Einstweilen aber gehen im Kongreß leidenschaftliche Debatten über die künftige Gestaltung der amerikanischen Außenpolitik und, damit im Zusammenhang, des Neutralitätsgesetzes vor sich.

Neben dem Block der Isolierungsanhänger, die im wesentlichen das gegenwärtige Gesetz in Kraft belassen wollen, stehen verschiedene Gruppen von Senatoren und Mitgliedern des Repräsentantenhauses, die Abänderungen vorschlagen. Eine Gruppe will das Gesetz überhaupt aufheben und damit die Entscheidung in jedem einzelnen Fall auf

Grund der konkreten Umstände treffen. Von den sonstigen Abänderungsvorschlägen sind besonders die der Senatoren Thomas (Utah) und Pittman, des Vorsitzenden des Auswärtigen Senatsausschusses, bemerkenswert. Thomas will den Präsidenten und den Kongreß ermächtigen, das Embargo für Waffenexport gegenüber dem Opfer eines Angriffes aufzuheben, also wirtschaftliche Sanktionen gegen Angreiferstaaten zu verhängen. Pittman will die »Cash and Carry Clause« auch auf Waffen und Munition ausdehnen, was praktisch zur Folge hätte, daß im Kriegsfall England und Frankreich auch Waffen aus den USA. beziehen können, soweit sie dafür bar bezahlen und selbst den Abtransport übernehmen könnten.

Einstweilen sind die Verhandlungen noch im Stadium der öffentlichen Verhöre. Jedermann hat die Möglichkeit, vor den zuständigen Parlamentsausschüssen seine Meinung darzustellen und zu begründen. Vertreter pazifistischer Organisationen, Sachkenner für den Fernen Osten, Vertreterinnen von Frauenvereinen, die hierzulande außerordentlich rührig und einflußreich sind, der Vorsitzende der Sozialistischen Partei, Norman Thomas, ein Vorkämpfer der amerikanischen Isolierungspolitik, kommen zum Wort und haben die Möglichkeit, ihren Standpunkt öffentlich darzulegen. Ähnliches geschieht hier übrigens auch im Falle öffentlicher Anstellungen, jedermann hat das Recht, vor einem Parlamentsausschuß, der dafür zuständig ist, zu der Ernennung hoher Beamter seinen Kommentar abzugeben. Der Kongreß gewinnt so einen gewissen Einblick in den Stand der öffentlichen Meinung. Ob er immer ein zuverlässiger Gradmesser ist, ist eine andere Frage.

*

Hauptargument der Anhänger einer Revision des Neutralitätsgesetzes ist der Umstand, daß das Gesetz Amerikas Freunde schädigen mag. Im fernöstlichen Konflikt hat Japan auf Kosten Chinas Waffen aus Amerika beziehen können, da der Präsident, um China nicht vom amerikanischen Markt abzuschneiden, es unterließ, das Bestehen eines Kriegszustandes zu proklamieren, wovon das Inkrafttreten der Bestimmungen des Gesetzes abhängt. In Europa droht das Gesetz bei den faschistischen Staaten den Eindruck hervorzurufen, daß Amerika im Ernstfall nicht einmal mit wirtschaftlichen Mitteln hinter den Demokratien stehen werde.

Es unterliegt wenig Zweifel, daß im Falle eines europäischen Großkonflikts das heute geltende Gesetz auf jeden Fall gesprengt würde, wenn die Gefahr einer britisch-französischen Niederlage auftauchen sollte. Die öffentliche Meinung dieses Landes wird eine Niederlage Englands und Frankreichs nicht ertragen. Europa, von Deutschland und Italien beherrscht, ist eine für den Amerikaner unerträgliche Vorstellung. Nicht bloß, weil ein solches Europa auf die Dauer, vielleicht auf lange Dauer gesehen, seine Hände nach dem amerikanischen Kontinent ausstrecken mag, sondern auch weil Amerika den Untergang der europäischen Demokratie als einen schweren Verlust für die menschliche Zivilisation und damit für sich selbst ansieht. Das Gesetz wäre in einem solchen Fall kein ernsthaftes Hindernis für die amerikanische Aktion.

Es genügt, sich die Geschichte des amerikanischen Kriegseintritts im Jahre 1917 in Erinnerung zu rufen, um zu ermessen, wie leidenschaftlich Amerika an dem Geschehen in Europa Anteil nimmt. Präsident Wilson war 1916 mit dem Schlagwort zum Präsidenten wiedergewählt worden: He kept us out of War. Er hielt uns dem Krieg fern! Es unterliegt keinem Zweifel, daß der Präsident den Kriegseintritt nicht wollte, ihn hinausschob, so lange er nur konnte, nach einem Ausweg buchstäblich bis zum letzten Tag suchte. Die öffentliche Meinung zwang ihn vorwärts, mit unwiderstehlicher Kraft. Der Kongreß war unzweifelhaft kriegsbereiter und kriegsbegeisterter als der Präsident. Und dabei war damals die Schuldfrage keineswegs so eindeutig, wie sie es heute wäre, und die amerikanischen Sympathien durchaus nicht so festgelegt, wie sie es nun einmal sind.

Kein Zweifel darum, daß im Ernstfall die Vereinigten Staaten mit ihren gesamten riesigen wirtschaftlichen Möglichkeiten Frankreich und England gegen die Achse Rom—Berlin unterstützen würden. Jedes Gesetz, das das zu verhindern sucht, würde rasch zerrissen sein. Selbst den vollen Kriegseintritt der USA. halten viele Beobachter für höchstwahrscheinlich. Dennoch wäre die Revision des Gesetzes im Sinne der Vorschläge Thomas' oder Pittmans bedeutsam. Einmal, weil ein Erfolg der Anhänger der kollektiven Sicherheit ein Warnungssignal für angriffslustige Mächte in Europa und Asien darstellen würde. Vorbeugen ist besser als heilen. Zum andern aber, weil Zeit, kostbare Zeit vergehen kann, bis nach dem Kriegsausbruch die Revision erfolgt, falls sie heute unterbleibt. Selbst eine kleine Minderheit könnte die Revision während des Krieges, wenn auch nicht verhindern, so doch lange hinausschieben. Filibuster — heißt man solche Opposition, die nur auf Zeitgewinn berechnet ist. Ein Filibuster wäre im Kriege unter Umständen folgenreich.

Wo der Präsident steht, unterliegt keinem Zweifel. Zwar hat Roosevelt es bisher unterlassen, zu den Anträgen öffentlich Stellung zu nehmen. Wohlweislich, um nicht die Niederlage eines von ihm unterstützten Antrages zu einer Staatsaktion werden zu lassen, die in Europa unerwünschte Wirkungen hervorrufen könnte. Dennoch weiß jedermann, daß er ein Gegner des bestehenden Gesetzes ist, das seinerzeit gegen seinen Wunsch beschlossen wurde, und daß er Freizügigkeit in der Außenpolitik wünscht, um das Gewicht Amerikas in die Waagschale der Demokratien werfen zu können. Solange Präsident Roosevelt im Weißen Hause ist, wird Amerika an der Seite der Demokratien sein, soweit es Gesetz und öffentliche Meinung zulassen. Und falls ein Krieg ausbrechen sollte, wird Franklin D. Roosevelt mit großer Wahrscheinlichkeit der erste Präsident in der amerikanischen Geschichte sein, der für eine dritte Amtsperiode wiedergewählt würde. Vielleicht ist auch diese Möglichkeit ein wertvoller Faktor in der heute so mühselig aufrechterhaltenen Balance zwischen Krieg und Frieden.